

Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener e.V.

BPE e.V., Wittener Str. 87, 44789 Bochum
e-mail: vorstand@bpe-online.de

22.6.2005

Sehr geehrte Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft!

Wir begrüßen die vorliegenden Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen und der Fraktion die Grünen zum Änderungsgesetz des Bremer PsychKG, da sie sowohl im § 8 als auch im § 9 Konkretisierungen vornehmen, die Fehlinterpretationen ausschließen. Wir bitten Sie daher bei den Beratungen zum Tagesordnungspunkt 6

- bezüglich § 8 Abs. 4 dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zuzustimmen,
- bezüglich § 9 Abs. 3 dem Änderungsantrag der Fraktion Die Grünen zuzustimmen.

Desweiteren bitten wir Sie, den Senat zu beauftragen:

- PsychKG und Maßregelvollzugsgesetz in zwei getrennte Gesetze zu fassen
- in dem neuen Entwurf eines PsychKG den Vorrang von Vorausverfügungen wie Patientenverfügung oder Behandlungsvereinbarung sowie die Berufung von Patientenvertretern in die staatlichen Besuchskommissionen nach PsychKG zu verankern.

Sorgen Sie dafür, dass die Kriminalisierung von Menschen in psychischen Krisen durch das geltende Bremer PsychKG bald beendet wird, indem sie die Vermischung von Allgemeinpsychiatrie und forensischer Psychiatrie (bzw. PsychKG und Maßregelvollzugsgesetz) im selben Gesetz aufheben.

Stärken Sie das Selbstbestimmungsrecht der PsychKG-PatientInnen, indem sie den Vorrang der Vorausverfügungen im Gesetz verankern.

Tragen Sie zur Qualitätsverbesserung bei, indem Sie den Selbsthilfeorganisationen der Betroffenen mehr Mitbestimmungs- und Kontrollrechte einräumen.

Der geschäftsführende Vorstand des BPE e.V.

Dagmar Barteld-Paczkowski, Itzehoe, Schleswig-Holstein
Jurand Daszkowski, Hamburg
Ruth Fricke, Herford, Nordrhein-Westfalen
Hannelore Klafki, Berlin
Klaus Laupichler, Herbrechtingen, Baden-Württemberg
Martin Pflaum, Brandenburg
Dr. Norbert Südland, Aalen, Baden-Württemberg